

Lübeck

Organ für die

Telegraph Nr. 926

Mit der

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (an
Tagen) mit dem Datum des folgenden Tages und
Johannstraße Nr. 50 52, und die Post zu beziehen.
Nr. 1.00. Monatlich 55 Mgr. — Postzeitungsliste Nr.

Nr. 162.

Bitte eine Beilage.

Es ist erreicht!

P. 1. Es wird gewiß von vielen Leuten unserer W.
Vollversammlung über die Vorläge der Kommission
auf die Vorläge der Kommission über die Wahlberechtigung
Kommission näher einzugehen, da die
unter jeder sachlichen Kritik steht. Und wir
sind der Meinung geworden, daß die Pflicht der Kom-
mission eine eingehende Besprechung sein muß, weil
denn es ist so unglücklich verfallen, daß es ist mit
einem Punkt und ohne die anderen die auf die
Entscheidung der Lübecker Arbeiterklasse
zu haben. Die Kommission hat die Aufgabe, die
jeden derartigen Menschen von selbst die Augen geöffnet
werden müssen. Die Senatsvorlage hat bereits
ein so elendes Nachwort, daß es einem auch nur
einmal angesehenen Menschen unangenehm war,
dieses irgend welche guten Seiten abzu-
gewinnen; die Kommissionsvorläge haben
jedoch gezeigt, wie es möglich ist, die Arbeiterklasse
auch um den geringsten Schein von Wahlfreiheit
zu bringen. Und kann es nur recht sein, wenn die
Reaktion immer unerbittlicher ihre wahre Arbeit
zeigt; und dadurch noch weiterer politischer Unruhe
und mancher Schwärme zum Bewußtsein der Wähler
gebracht.

Obwohl die Zeit vom Senatstage aus bestanden wurde,
daß die bloße Sozialistenfurcht die Mutter der Senatsvo-
lage sei, so lag diese Tatsache doch klar und deutlich
der Beratung hervor. Diese Sozialistenfurcht ist ein
schrecklich stärker geworden, trotzdem in letzter Zeit in dieser
Mitteln von einem Rückgang unserer Partei gefürchtet wurde.
Die ganze Kommissionssache ist in demselben in dem
Wunsch: um jeden Preis die Sozialdemo-
kraten aus dem Bürgerrechtsjahr fernzu-
halten. Da und trotzdem dies Bestreben von Erfolg ge-
küst sein wird, muß ja die Zukunft lehren.

Wenn wir nun kurz auf die einzelnen Vorläge der
Kommission eingehen wollen, so sei an erster Stelle die
Wahlberechtigung des Besitzes genannt. In der
Begründung der Senatsvorlage wurde mit einem gewissen
Stolz darauf hingewiesen, daß nach dem neuen Wahlrecht
alle Bürger an der Wahl teilnehmen könnten
und auf diese Weise ein bestehendes Unrecht be-
seitigt würde. Aber hält uns die Kommission die
Begründung des Besitzes für „wünschenswert“, aber im
Gegensatz zu dieser ihrer Anschauung will sie den Be-
sitz gerade wieder einführen. Als Grund dafür
wird angegeben, daß die Wirkungen der Verhält-
niswahl, die man für die zweite Klasse plant,
sich noch nicht vorhersehen lassen, namentlich
und weil es ganz ungewiß ist, ob durch diese Änderungen
bei gleichzeitiger Beseitigung des Besitzes die Hauptaufgabe
der Kommission, den Stimmen der nichtberechtigten Wähler
von bürgerlicher Gesinnung Gehör zu verschaffen,
in genügender Weise erfüllt werden würde. Um den
Wählern bürgerlicher Gesinnung Vorteile
zu verschaffen, entzweigt man also den
größten Teil der Bürger, die im Interesse des
Kapitals hungern müssen, einfach ganz. Man
könnte die Sache ja auch einfacher machen, und kurz sagen:
Denke, welche nicht 1200 Mk. besteuern, ver-
lieren die bürgerlichen Ehrenrechte.

Hierzu kommt noch, daß jene Herren, die kaltblütig
nach eigener Angabe über 3000 Bürger mit einem Feder-
stich rechtslos machen, sich selbst ein doppeltes
Wahlrecht geben wollen, indem ihr Vorschlag die
Wahlberechtigung aller über 2500 Mk. besteuerten Bürger
an den Wahlen erster und zweiter Klasse vorzieht. Es heißt
dazu im Kommissionsbericht:

Vor allem erweist es sich als notwendig, die Tren-
nung der wahlberechtigten Bürger in Stadt
und Land in je zwei Klassen aufzugeben und
an Stelle der Wahlen der zweiten und drit-
ten Abteilung der Senatsvorlage allge-
meine Wahlen aller wahlberechtigten Bür-
ger treten zu lassen, denen sich die Wahlen der höher
besteuerten oder mit entsprechendem Grundbesitz angehörenden
in die Abteilungen I und III der Senatsvorlage fallenden
Bürger als besondere Wahlen zur Seite stellen. Allerdings
hat diese Änderung die an sich nicht erwünschte
Folge, daß die letzteren Bürger einer weiteren Vor-
zuzugung gegenüber der Senatsvorlage teilhaftig werden.
Aber dieser Unbestand tritt in seiner Bedeutung weit zurück
hinter dem unschätzbaren Vorteil, daß die Ber-
ührung der Wähler in zwei ganz außer
Berührung mit einander tretende Klassen
vermieden wird, daß vielmehr alle Wahlberechtigten
zu einem Wahlkörper vereint werden, in welchem alle
bürgerlich gesinnten Wähler sich auf gemeinschaftlichem
Boden zu gemeinschaftlichem Wahlkampf zusammenfinden.“

bis 2 Uhr und von 4 bis 10 Uhr (an Sonntagen nur bis 9 Uhr) geöffnet. Die Benutzungs-Ziffer dieses Jahres übersteigt die Ziffer der Benutzungen in dem entsprechenden Zeitraum des vorigen Jahres bereits um über 11.000. Der Bücherbestand ist in letzter Zeit durch eine große Zahl hervorragender Werke vermehrt worden. Ein dritter Nachtrag zum Bücherverzeichnis, der in Arbeit ist und Anfang September zur Ausgabe gelangt, wird etwa 1200 neuhinzugelassene Werke enthalten. Zum Herbst werden sowohl die Zeit der Bücherausgabe wie die Besetzung der Besetzer eine erhebliche Ausdehnung erfahren. Die Besetzer wird am 1. Volksfesttage, Sonntag, den 16. d. Mts., nicht nebst sein, am Montag jedoch wie gewöhnlich. Die Bücherausgabe findet an beiden Tagen statt.

Theaterprovisorium für den kommenden Winter. In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses kam die Frage des Stadttheaterprovisoriums zur Verhandlung. Der Senat schlägt vor, in der Spielzeit 1905/06 in der Stadthalle spielen zu lassen und zwar unter Leitung des Theaterdirektors Ludwig Biorowski, genannt Biori, aus Hannover. Es soll ihm hierfür eine Beihilfe von 18.000 Mark gewährt und ihm außerdem die Beleuchtungskosten bis zu 1000 Mark in monatlich zurückzuerstattet werden. Der betr. Senatsantrag hat folgenden Wortlaut: 1. daß dem Theaterdirektor Ludwig Biorowski, genannt Biori, für ein während der Winterzeit 1905/06 in der Stadthalle einzurichtendes Theaterunternehmen aus Kap. XIV der Ausgabenliste des Voranschlags für städtische Gemeindefinanzen für das Verwaltungsjahr 1905, solange er das Theaterunternehmen in der Stadthalle betreibt, eine in monatlichen Teilbeträgen im voraus unmittelbar an seine Vermieterin, die Stadthallengesellschaft, zu zahlende Beihilfe von 18.000 Mark gewährt werde; 2. daß die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefinanzen ermächtigt werde, von der für die Stadthallengesellschaft aufzustellenden Rechnung für die zu Beleuchtungswecken gelieferten Mengen an Gas und Elektrizität, solange das Theaterunternehmen des Ludwig Biorowski betrieben wird, allmonatlich den auf den Verbrauch für dieses Unternehmen entfallenden Betrag bis zu einer Höhe von 1000 Mk. abzusetzen. Der Bürgerausschuß sprach sich nach längerer Debatte mit großer Majorität für diesen Antrag aus, nachdem erklärt worden war, daß die Stadthalle eigentlich das einzige Gebäude sei, in dem gespielt werden könne. Bezüglich des gleichfalls vorgeschlagenen Wilhelmtheaters wurde angeführt, daß eine Benutzung dieses Saales für die Winterzeit zweifellos von der Baupolizei im Hinblick auf die Feuergefahr nicht gestattet werden dürfte. — Es erbt aus dem amtlichen Bericht des Bürgerausschusses nicht hervor, ob neben dieser Subvention für das Theaterprovisorium auch die hohe Extra-Nachzahlung an den Musikverein gezahlt werden soll. Wenn dem so ist, dann hat die Schlichtung des alten Stadttheaters, die nach Ansicht sehr vieler Leute durchaus nicht so plöblich hätte zu erfolgen brauchen, einen bedeutend höheren Ausgabeposten bei herabgeminderten Einnahmeforderungen im Gefolge. Unter diesen Umständen bedarf der Senatsantrag einer eingehenden Begründung und Prüfung, ehe er zur Annahme gelangt.

Ein Arbeitsverhältnis zwischen Ehegatten ist im Bereiche der reichsgerichtlichen Unfallversicherung ausgeschlossen. Das Reichs-Versicherungsamt hat sowohl auf dem Gebiete der Unfallversicherung, wie auf dem der Invalidenversicherung bisher angenommen, daß nach dem Wifen der Ehe ein Ehegatte nicht in einem die Versicherungsverhältnisse begründenden Beschäftigungs- und Abhängigkeitsverhältnis zu dem anderen Ehegatten stehen kann. Nachdem in neuerer Zeit das preussische Oberverwaltungsgericht, das sich bis dahin dieser Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes angeschlossen hatte, den entgegengelegten Standpunkt eingenommen hat, hat sich das Reichsversicherungsamt veranlaßt gesehen, seine eigene bisherige Rechtsprechung einer Nachprüfung zu unterziehen. Dies ist zunächst für das Gebiet der Invalidenversicherung in einer Entscheidung geschehen, in welcher dargelegt ist, daß die von dem Oberverwaltungsgericht verworrenen Beweisgründe jedenfalls für den Bereich der Invalidenversicherung nicht in Anspruch sind, die bisherige Auffassung des Reichs-Versicherungsamtes zu erschüttern. Zu demselben Ergebnis ist das Reichs-Versicherungsamt in einer kürzlich ergangenen Entscheidung auf Grund erneuter Prüfung auch für das Gebiet der Unfallversicherung gelangt. Hiernach kann nunmehr als feststehend angenommen werden, daß eine Ehefrau, die in dem an sich unfallversicherungspflichtigen Betriebe ihres Gemannes tätig ist, und ein Ehemann, der sich in dem an sich unfallversicherungspflichtigen Betriebe seiner Ehefrau beschäftigt, der Unfallversicherungspflicht nicht unterliegen.

Deffentlicher Schlacht. Am Juni 1905 wurden geschlachtet: 16, Hohen 69, Kühe und Stieren 560, fette Kälber 588, nuchterne Kälber 315, Lämmer 2, Ziegen 38, Schweine 1972, Schafe 345, Pferde 49, zusammen also 3964 Tiere gegenüber 4167 im gleichen Monat des Vorjahres. Beanstandungen: Bei lebenden Tieren: Keine. Bei geschlachteten Tieren: 1. Ungeeignet zur menschlichen Nahrung befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet: 3 Kühe wegen Tuberkulose und Abmagerung, 1 Jungrind wegen Darmentzündung, 1 Schwein wegen Schweinefucht und Abmagerung, 1 Schwein wegen eiteriger Bauchfellentzündung, 1 Schwein wegen wässriger Durchdränkung des Fleisches, 1 Kalb wegen Darmentzündung mit jauchiger Blutvergiftung. 2. Auf der Freibank wurden verkauft: 1 Kühe wegen Tuberkulose, 2 Schweine wegen Gelsucht, 1/4 Rindfleisch wegen Unterhautzellgewebzentzündung, 1/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 1/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 3. Im Dampf-Desinfektor wurden getötet: 5 Schweine wegen Tuberkulose, 1/4 Rindfleisch wegen Unterhautzellgewebzentzündung, 1/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 1/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 4. Dem zoologischen Garten zur Fütterung der Tiere überwiefen: 1 Kuh wegen Tuberkulose und hochgradiger Abmagerung, 1 Kuh wegen eiteriger Bauchfellentzündung, 1 Kalb wegen Unreife. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind 881 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 1692 Kg. Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthofe unterzucht. Davon wurde 1 fettes Kalb wegen Fäulnis beunruhigt.

Den schweren Verletzungen erliegen ist das 20jährige Fräulein **Sulda Griekman**, welches am 2. Juli im Hause des Kaufmanns **Buch** in **Israelsdorf** durch Explosion einer Spiritusmaschine verunglückte. Brennend stürzte die Unglückliche ins Freie, und trotzdem zwei hebräet Männer ihr die Kleider vom Leibe rissen, hatte sie bereits so schreckliche Brandwunden davongetragen, daß die Erhaltung des Lebens nicht mehr möglich war. Mittwoch morgen wurde die Verletzte durch den Tod von ihren Leiden erlöst.

Die **Wasserwärme des Krähenteiches** betrug gestern nachmittag 21 Grad.

Gemeindevahlen. Von der Gemeindeversammlung in **Utecht** ist das bisherige Mitglied des Gemeindevor-

standes, **Mühlenbesitzer J. G. J. Kempau** daselbst in gleicher Eigenschaft auf die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren wiedergewählt worden. — Von der Gemeindeversammlung in **Israelsdorf** sind der bisherige Vorsitzende des Gemeindevorstandes, **Salbhufner J. J. W. Dahme**, und das bisherige Mitglied des Gemeindevorstandes, **Salbhufner M. G. J. Meyer**, in gleicher Eigenschaft auf die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren wiedergewählt worden. Das Stadt- und Landamt hat die Wahlen bestätigt.

ph. Ermittelt und festgenommen wurde der Dieb, der in **Curau** den Diebstahl an Gold und Wertgegenständen führte, in der Person eines **Kolporteur** aus **Schwartau**. Ein Teil der gestohlenen Sachen, besonders die goldene Damenuhr mit Kette wurde ebenfalls ermittelt.

ph. Festgenommen wurde ein Reisender aus **Herslohn**, der mittels der königlichen Staatsanwaltschaft in **Wiesfeld** wegen Unterschlagung und Betruges sechsbrieflich verfolgt wird.

a. Schwartau. Im vorigen Monat erfolgte die gerichtliche Umschreibung der auf **Teemkamp** gelegenen Gemeindeflächen, welche der vorige Gemeinderat im Dezember v. J. einem **Berliner Spekulanten** für den Spottpreis von 100.000 Mk. in die Hand gab. Eine **Berliner Gesellschaft**, welche sich **Willen-Kolonie Schwartau** nennt, hat dieses so herrlich gelegene Terrain zu **Willenbauten** erworben. Es ist ein Komplex von 52 Lottchen mit einem Lottchenbestand, der einen Wert von 20.000 Mk. repräsentiert, so daß der Quadratmeter für die Gesellschaft auf 30 Pfg. zu stehen kommt. Die letzten Bauplätze, welche auf **Teemkamp** für Arbeiterwohnungen verkauft wurden und unmittelbar an diesem Terrain liegen, sind mit 150 Mk. pro Quadratmeter bezahlt. Man sollte doch meinen, daß für Bauplätze zu **Willen** etwas mehr ausgemessen werden kann, als für solche zu **Teemkamp**. In ganz leichtfertiger Weise haben die Herren vom **Ausschuß** im vorigen Gemeinderat dadurch gehandelt, daß sie dieses für **Schwartau** so liberale günstig gelegene Terrain veräußert haben. Im Gemeinderat machte man damals, als sich von Seiten der Arbeitervereine gegen diesen Verkauf protestiert wurde, geltend, daß die Arbeiter, die zum Teil in Baracken an Arbeiterwohnhäusern, sehr wenig einbrachten, andernfalls die Gemeinde jedes Jahr 100 Mk. Zinsen hätte. Auch die preussische Regierung in **Curau** war dieser Ansicht. Dies hat aber nicht gehindert und das wollen wir auch nicht, aber natürlich hätte man sich um die Zeit für spätere Verluste reservieren müssen. **Schwartau** ist jetzt außer einem Komplex, der über weit vom Orte entfernt liegt, von sämtlichen Ländereien entleert. Die einzigen Ländereien verblieben der Gemeinde einen großen Komplex, den von **Wieslohn**, an **Herrn v. Wieslohn** die 1000 Mk. v. J. hat, welcher sich eine Villa darauf erbaut hat. Auch damals wurde im Gemeinderat von Seiten der Arbeitervereine protestiert, mit dem Verkauf von Ländereien vorwärts zu sein, da Grund und Boden stetig im Preise steigen würden. Jetzt braucht man für Bauplätze zu **Willen**, die ganz in der Nähe des **Teemkamps** liegen, das dreifache und mehr. Man muß sich fragen, was die Herren, die all diesem zugestimmt, gedacht haben, da man in einer solchen Wirtschaft nicht allein mit der Gegenwart, sondern auch mit der Zukunft rechnen muß. Welcher Ort, der so im Aufstiehe begriffen ist wie **Schwartau**, wird wohl den letzten Fleck Land vor der Tür verkaufen? Wenn sich nur das Geringste ereignet, dann muß **Schwartau** aber blühen. Betrachtet man den Kaufvertrag, welcher mit dem Vermittler **Vaurat a. D. Wälscher** aus **Berlin** abgeschlossen war, so kann man sich nichts Einseitigeres vorstellen. Der Gemeinde waren bis zum 1. Juli d. J. beide Hände gebunden und der Herr **Vaurat** konnte machen, was er wollte, ohne einen Pfennig zu verlieren. Ganz anders geht die **Größh. Regierung** vor, wenn sie Bauplätze hier in **Schwartau** von ihren Ländereien verkaufen will. Nicht in Masse, sondern nur einige Plätze werden öffentlich in mehreren Terminen zum Verkauf aufgesetzt; ist das Gebot nicht genügend, so wird der Zuschlag nicht erteilt. Hätte die **Größh. Regierung** diese Ländereien zu verkaufen gehabt, so wären mindestens 100.000 Mk. herausgekommen. Das Handeln des früheren Gemeinderats gibt zweifellos zum Denken Anlaß.

Schwandorf. Ein Feuer zerstörte vorgestern das Wohnhaus des **Mauers Maack**. Wie es heißt, ist der Brand durch die Spieler eines Knaben mit Streichhölzern verursacht worden. — **Tödlicher Unglücksfall.** Vor dem Schützenhause wurde der fünfjährige Sohn des **Kulhage's** lange von einem Wagen überfahren. Das Kind starb bald darauf an den erlittenen Verletzungen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der **Schiffsjunge** **Erhard** ist beim Baden an verbotener Stelle in **Friedrichsdorf** ertrunken. — In **Drahters** und im nahen **Barck** sind drei **Ziegen** beim Baden ertrunken. Ein Mann wurde vom **Bly** getötet. — In **Spork** bei **Kostock** hat der **Blyschlag** das Wohnhaus des **Erbpächters** **Hinrich** eingestürzt. **Hinrich** wurde getötet und verbrannte hilflos. — Das **Gewitter** am **Dienstag** hat größeren Schaden in der Nähe **Wittenburgs** angerichtet. Der **Bly** hat in **Nögnig** eine Scheune mit vollem Inhalt eingestürzt. Auch in **Sollmig** sollen drei Bauerngehöfte durch **Blystrahl** vernichtet sein. In **Wentin** sind drei Pferde und sämtliches Federvieh in den **Flammen** umgekommen.

Hamburg. **Geschworene** im **Dusel**. Am Montag bemerkte der Schwurgerichtsgerichtspräsident **Dr. Schulze** vor der Vereidigung der Geschworenen etwa folgendes: Am gestrigen Tage sei ihm aus der Mitte der Geschworenen heraus eine Mitteilung ausgegangen, daß sie sich verlegt fühlten über eine Äußerung des Herrn Staatsanwalts **Dr. Schläger** in der Verhandlung des Schwurgerichts vom vergangenen Donnerstag. Er, der Direktor, habe gehört, daß darüber bereits etwas Näheres in die Deffentlichkeit gedrungen sei, und damit diese lange Schwurgerichtssession nicht mit einer Nichtstimmung ihren Abschluß finde, sehe er sich zu einer Nichtstimmung veranlaßt. Der Ausdruck „im **Dusel**“ sei allerdings von dem Herrn Vertreter der Staatsanwaltschaft gebraucht, aber sofort richtiggestellt worden. Erst als der Herr Verteidiger aus taktischen oder sonstigen Gründen den Ausdruck aufgriff, habe dieser ein scharfes Rolorit bekommen. Die Äußerung des Staatsanwalts geschah aus der Sachlage heraus, sei dem Temperament des Herrn entsprungen, solle aber keineswegs eine Kritik der Geschworenen enthalten. Der Ausdruck „im **Dusel**“ habe hiermit wohl seine Nichtstimmung und Entschuldigung gefunden. Herr Staatsanwalt **Dr. Schläger** soll, als er den Ausdruck gebrauchte, ein „**Paradon!**“ hinzugefügt haben. Wir erlauben uns, so bemerkt das „**Scho**“, eine Frage: Was würde wohl ein Vertreter der Staatsanwaltschaft sagen, wenn ein temperamentvoller Angeklagter den Spieß umdrehen würde? Würde er es als Entschuldigung gelten lassen, wenn besagter Angeklagter sagen würde: Der Herr Staatsanwalt hat im **Dusel** seinen **hen** Straf Antrag gestellt — **Paradon!** u. u. m. g.

Altona. Ein alter Freund des **Lübecker Volksbote** vor Gericht. Wegen öffentlicher

Beleidigung war vor dem Landgericht der angebliche Geschäftsführer **Karl Blath** aus **Oldesloe** angeklagt. Er war früher **Polizeist** in **Oldesloe** und war sehr gefürchtet. Viele Klagen sind damals über ihn laut geworden und mehrfach ist behauptet worden, daß er Unschuldigen zu Strafen verurteilt hat. Auch ein **Rebakteur** des **Volksbote** mußte seinerzeit wegen dieses dunklen Ehrenmannes im **Marshall** Quartier nehmen. Schließlich aber drehte sich das Blatt und er mußte abtreten. Seit seiner Entlassung aus dem Dienst ist er verschiedentlich mit den Behörden in Konflikt geraten und erst kürzlich hat er 3 Monate Gefängnis wegen wissentlicher falscher Unschuldigung verbüßt. Die Strafe war ihm zuerkannt worden, weil er einen alten Herrn beschuldigt hatte, ihm einen **Schuldschein** gestohlen zu haben. Doch die Strafe hatte er noch nicht verbüßt, so wurde er schon wieder wegen Nichterleidigung zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Nach seiner Freilassung verkehrte er in **Oldesloe** ein **Flugblatt**, in welchem er den **Mühlenbesitzer** **Schütte** und den **Justizwärter** **Bohle**, die in einem früheren Prozeß eiblich vernommen wurden, des **Meineids** beschuldigte. Dadurch soll er sich der öffentlichen Beleidigung schuldig gemacht haben. Zu Beginn der Verhandlung lehnte der Angeklagte den **Landgerichtsdirektor** **Mensching** wegen Befangenheit ab, weil er wegen Beleidigung desselben bestraft worden ist. Es trat dann ein anderer Richter an Stelle des genannten Direktors, doch wurde nun beschlossen, daß dieser nicht für befangen erklärt werden könne. Der Angeklagte behauptete, daß das, was er in dem **Flugblatt** veröffentlicht habe, wahr sei und brachte alles Mögliche zu seiner vermeintlichen Entlastung vor. Schließlich wurde er wegen öffentlicher Beleidigung des **Mühlenbesizers** **Schütte** zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Sache wegen der Beleidigung des genannten **Justizwärters** wurde vertagt. Wegen den Angeklagten **Blath** schreiben noch Untersuchungen wegen wissentlicher falscher Unschuldigung und wegen **Meineids**.

Kiel. Die **Aussperrung** der hiesigen **Bauhandwerker** ist gestern Morgen auf der ganzen Linie erfolgt. Nur wenige Arbeiter haben sich bereit gefunden, den von den Unternehmern vorgeschlagenen **Revers** zu unterschreiben. Selbst etwa 200 fessliche **Arbeitswillige** aus **Oberschlesien**, sowie auch eine Anzahl **Italiener** haben ihre **Unterschrift** verweigert. Abgerufen sind bis jetzt reichlich 600 **Maurer** und 250 **Zimmerer**. Die Zahl der sich nach auswärts Begebenen dürfte noch fortwährend.

Lüdenburg. Im **Meineids** Prozeß gegen den **Stellener Meyer**, welcher gegenwärtig in **Lüdenburg** das **Schwurgericht** beschäftigt, wurde der **Nachanwalt** **Sprenge**, der zugleich auch als **Zuge** fungiert, durch **Verichtsbeschluss** auch als **Bereitiger** zugelassen. Die **Bernehmung** des Angeklagten ergab, daß letzterer seine **Angaben** im **Schwurprozeß**, **Minister** **Ruhstrat** habe auch als **Minister** noch das **Glückspiel** „**Lustige Sieben**“ gespielt, unrichtig erhebt. Ebenso bezeichnet er als **Mitspieler** des **Ministers** wieder dieselben Personen, wie im **damaischen** Prozeß. Als erster **Zuge** wurde **Rebakteur v. Busch** **Lüdenburg** vernommen. Der **Zeuge** hat der **Verhandlung** gegen den **Rebakteur** **Schweynert** beigewohnt. Er besuñtet, daß dem Angeklagten **Meyer** energisch ins **Gewissen** geredet wurde, daß dieser aber nicht verführt gewesen sei. Die **Frage**, ob er glaube, daß der Angeklagte damals **eingeschüchert** worden sei, verneint der **Zeuge**. Er hatte die **Empfindung**, daß der Angeklagte für wahr hielt, was er damals **aussagte**. **Zeuge** **Referendar** **Christians** wiederholt seine früheren **Aussagen**, wonach er nicht mit dem **Staatsanwalt** **Dr. Fimmen** „**Lustige Sieben**“ gespielt habe. Es soll dann **Minister** **Ruhstrat** als **Zeuge** vernommen werden. Die **Bereidigung** widerspricht seiner **Bereidigung** vor **Abgabe** seines **Zeugnisses** und beantragt, daß die **Bereidigung** bis zum **Schluss** seiner **Bernehmung** ausgesetzt werde. Es sei festgestellt worden, daß **Ruhstrat** noch als **Oberstaatsanwalt** an **Glückspielen** beteiligt, und daß er auch zu **Glückspielen** wiederholt **angestiftet** habe. Das **Bericht** lehnt nach kurzer **Beratung** diesen **Antrag** der **Bereidigung** ab. **Ruhstrat** erklärt als **Zeuge** auf **Befragen** der **Bereidigung**, ob er „**Lustige Sieben**“ zu spielen **aufgehört** habe, weil **Hauptmann** **Baue** sich das **Leben** genommen habe, daß dies nicht der **Fall** sei. Die **weitere** **Frage** der **Bereidigung**, ob er wegen der **bevorstehenden** **Ernennung** zum **Staatsminister** das **Spielen** der „**Lustigen Sieben**“ eingestellt habe, beantwortet der **Minister** **Krosch** **ablehnend**. **Zahnarzt** **Dr. med. Schleppegrell** erklärt, daß er in **seiner** **Leben** niemals **gespielt** oder „**Lustige Sieben**“ **gespielt** habe. Er sei ein **Duzfreund** des **Ministers** **Ruhstrat**. In **Lüdenburg** herrschen **eigentümliche** **Gesellschaftsverhältnisse**. Zum **Schluss** der **Verhandlung** weist die **Bereidigung** darauf hin, daß ein **junger** **Kellner** **leicht** **verwechselt** **konnte**, **wer** **unter** **den** **Herren** **gespielt** **hat** **und** **welches** **Spiel** **gespielt** **wurde**. Die **Verhandlung** wurde **hierauf** **vertagt**.

Aus Kiel und Fern.

Ein schneidiger Hauptmann! Die „**Strahburger Zeitung**“ teilt mit: Ein **berittener** **Infanterie** **Hauptmann** **älteren** **Jahrgangs** aus der **hiesigen** **Garnison** gab auf der **Hohenloher** **Strasse** in der **Nähe** der **Hauptpost**, dem **Führer** eines in **voller** **Fahrt** **begriffenen** **Strassen** **bahnzuges** den **Befehl** zum **Halten**. **Veranlassung** dazu war, daß ein **Soldat**, der auf der **Platz** **form** des **Zuges** war, den **Hauptmann** **nicht** **gegrüßt** **haben** **soll**. Der **gegenwärtig** zur **hiesigen** **Kriegsschule** **kommandierte** **Soldat** aus **Braunschweig** mußte den **Zug** **verlassen** und wurde einem **scharfen** **Kreuzverhör** **unterzogen**. Der **ganz** **fassungslose** **Soldat** gab an, den **Hauptmann** **nicht** **gesehen** **zu** **haben** und behauptet nun, daß er **jezt** **das** **erstmal** **drei** **Tage** **in** **Arrest** **spazieren** **mußte**.

Verpätete Ernennung. Unter den **Ärzten**, denen **junger** **Titel** **Sanitätsrat** **verliehen** **wurde**, **befindet** **sich** **auch** **der** **praktische** **Arzt** **Dr. Kallert** **z. Neuf** **a. M.**. Zu **seinen** **Abgeleiteten** **hätte** **ihn** **diese** **Auszeichnung** **vielleicht** **erfreut**, **leider** **ist** **er** **aber** **schon** **seit** **zwei** **Jahren** — **verstorben**.

Substanz **Wasserkraft** **vom** **12. Juli.**
Bauern-Butter 1,15 Mk., **Meierei-Butter** 1,25 Mk., **Hansen** **Std.** — **Mk.**, **Enten** **Std.** 3,20 Mk., **Gühner** **Std.** 1,70 Mk., **Kühen** **Std.** 1,20 Mk., **Landen** **Std.** 0,55 Mk., **Gänse** **Std.** — **Mk.**, **Flügels** — **Mk.**, **Schweinekopf** **Std.** 0,45 Mk., **Schinken** **Std.** 1, — **Mk.**, **Burft** **Std.** 1,20 Mk., **Eier** **9 Std.** 60 Pfg., **Karpfen** **Std.** — **Pfg.**, **Ger. Ruch** **Std.** 1, — 2,40 Mk., **Karaffen** **Std.** 80 Pfg., **Seife** **Std.** 60 Pfg., **Bariche** **Std.** 60 Pfg., **Kat** **Std.** 0,90 Mk., **Wesfel** **Std.** — **Mk.**, **andere** **Sorten** **100 Pfg.** — **Mk.**, **Blumen** **100 Pfg.** — **Mk.**, **Hamb.** **Blumentohl**, **Kopf** **25 Pfg.**, **Hamb.** **Rirschen**, **Std.** 25 Pfg., **Kohl** **100 Pfg.** — **Mk.**, **Gurten**, **Std.** 0,20 Mk., **Zwiebeln** **100 Pfg.** — **Mk.**, **Kartoffeln**, **beste** **frans.**, **200 Pfg.** 8,50 Mk., **per** **10 Liter** **60 Pfg.**, **magnum** **bonum** **200 Pfg.** 5, — **Mk.**, **Kartoffeln** **10 Liter** **60 Pfg.**

Ein Fest der Völkerverbrüderung.

Unsere Meldung über den letzten Sonntag in Konstanz ergänzen wir durch folgende Mitteilungen, die wir der „Schwäbischen Tagwacht“ entnehmen: Schon am Sonnabend waren zahlreiche Teilnehmer in Konstanz eingetroffen. Der Hauptstrom kam am Sonntag in 14 Getrachern und 7 Separatdampfern an. Bald entvölkerte sich in den zum Teil festlich geschmückten Straßen ein fast großstädtisches Gehen und Drängen, denn das überall ausbrechende Rot eine charakteristische Färbung war: rote Schärpen, rote Mäntel, rote Kombienden der Dichter brachten jeden Augenblick in Erinnerung, daß es sich um ein sozialdemokratisches Parteifest handelte. Jede noch so kleine aber das Wasser aufgehoben von Genossen, die mit geschultertem Gewehr gruppenweise in allen Straßen Aufstellung genommen hatten. An 500 Genossen sollen aus Anlaß des internationalen Festes in Konstanz zusammengezogen worden sein. Nur Soldaten zeigten sich nicht auf der Straße. Das Militär war in der Kaserne konzentriert, in der den ganzen Tag ein Bataillon unter Gewehr stand; jeder Mann hatte 25 scharfe Patronen gefast. Die Polizei hatte eine eigene telegraphische Verbindung vom Polizeihauptamt zur Kaserne herstellen lassen, um für den Ausbruch der Revolution gekümmert zu sein! Am frühen Morgen um 5 Uhr schon wurde Genosse Krohn, der Konstanz-Festkomitee, von der heiligen Hermandad aus dem Bette gerissen. Zwei Polizeikommissare erschienen bei ihm, um sich nach der Wohnung der Genossen Adler und Grotz zu erkundigen, und übermittelten ihm einen Erlaß des großherzoglichen Bezirksamts. Darin wurde mitgeteilt, daß das badische Ministerium telegraphisch Auftrag erteilt habe, den ausländischen Sozialdemokraten das Auftreten in der Versammlung zu verbieten. Auf die vom Genossen Krohn bei dem Vorsteher des Bezirksamts, Geh. Regierungsrat Dr. Grotz, erhobenen Vorstellungen meinte der von dem Erlaß unterschrieben unangenehm berührte Beamte, das Verbot entspränge offenbar der Sorge, daß die „Unbekannten“ über die auswärtige Polizei des Deutschen Reiches sprechen würden; sie mögen der Behörde eine schriftliche Verpflichtung abgeben, dies nicht zu tun, dann werde das Verbot sich vielleicht rückgängig machen lassen. Inzwischen war es 11 Uhr vor-mittags geworden und die italienische Versammlung auf dem Festplatz sollte stattfinden. Im Polizeihauptamt hatte Geh. Regierungsrat Dr. Grotz nebst vier Polizeibeamten Platz genommen. Die gegenüber befindliche erhöhte Rednertribüne errate durch ihre rote Drapierung Anstoß bei der Behörde; die Redner rissen sich unter schallender Heiterkeit der Umstehenden die gelben Kombienden herab, formten aus ihnen zwei gelbe Rosetten und nagelten sie auf dem staatsgefährlichen Rot fest. Die Heiterkeit machte die Behörde stumm; und so konnten nachmittags die Genossen durch dankbares Gelächter über eine neue heitere Uebertragung quillieren, die ihnen die staatsgefährliche Fürsorge der polizeilichen Einzelmännchen über Mittag bereitet hatte: an Stelle der gelben Rosetten pranzten jetzt aus weißem Papier geschnittene Schweizerkreuze auf der roten Drapierung. . . . Wer wir wollen nicht vorgehen. Um 11 Uhr machte Genosse Rodondi als Einberufer der italienischen Versammlung den zahlreichen versammelten italienischen Festteilnehmern Mitteilung von der eingetretenen Eibung. Die ausbrechenden Pfiffe dampfte er durch die Warnung: Stille! Wir sind in Deutschland — nicht in der Schweiz! und stellte dann eventuell eine Versammlung auf Schweizer Boden in Aussicht.

Darüber hatten die Redner der Versammlung Mitteilung untereinander genommen und beschlossen, das An-sinnen der Polizei abzulehnen, vielmehr dem

Genossen Krohn folgende schriftliche Mitteilung zu machen:

„Ueber Genosse Krohn! Auf Ihre Anfrage teilen wir Ihnen mit, daß wir uns die Miferate so eingestellt haben, daß wir die Aufgaben und Pflichten des internationalen Politariats, Grotz vom Schweizerischen, Adler vom österreichischen, Weibel vom deutschen, Todeck vom italienischen Standpunkte erbittern werden. Mit Parteilichkeit H. Weibel, G. Grotz, W. Adler, H. Todeck.“

Eine Unterwerfung unter die Annahme der Polizei wäre aber nicht nur unser Genosse unwürdig, sondern auch unwürdig gewesen. Denn inzwischen war bereits ein weiteres Telegramm von der badischen Regierung aus Karlsruhe empfangen, welches nach der vom Bezirkamt dem Genossen Krohn gemachten Mitteilung lautete: „Reichsausschänder dürfen zu sozialdemokratischer Versammlung nicht als Redner auftreten. Bei Widerhandlung hat Ausweisung zu erfolgen.“

Dieser Ulaß war noch nicht bekannt, als mittags sich der Festtag formierte. Es war ein prächtiger Anblick, wie die Tausende von einem Gedanken und einem Willen behellten Menschen mit klugem Spiel und flatternden roten Bannern in starrer endloser Reihe vom Festplatz aus durch die Stadt und wieder zurück marschierten. Die Freude der Teilnehmer und der Zuschauer wurde auch dadurch nicht getrübt, daß die polizeiliche Fürsorge das aufreizende Rot der Banner und Standarten durch Abfestung weißer Schleißen zu kämpfen befohlen hatte.

Nachmittags um 3 Uhr sollte nun programmäßig die große Versammlung stattfinden. Der große Platz, in dessen Hintergrund der phantasmagorische Himmelschein den Blick verblende. Im Johanneshof im Jahre 1418 als Märtyrer der Götterfreiheit verbrannt wurde, war schwarz vor Menschen. Groß brannte die Sonne hernieder, aber die Kopf an Kopf gedrängte Menge hielt ihren sengenden Strahlen stand. Zehntausende erkochten, als Grotz, Weibel, Adler und Weibel über der Weltverteilung der Rednertribüne auftraten. Da trat Genosse Krohn vor. Mientlose Stille, die in minutenlange Stille übergeht, als nach den er-lebten Begrüßungsworten Krohn Mitteilung von dem er-gangenen Verbot macht. Im Polizeihauptamt wird unruhig. Der unformierte Polizeistab eilt auf einen Winkel seines Vorgehens zu dem Spezialtelephon und klingelt. Aber es ist nicht mit der Revolution. Die Ankündigung, daß Weibel das Wort hat, löst wiederum laut jubelnde Begrüßung aus. Und dann spricht Weibel. Jeder Weibel, der schwindend von seinen Lippen fliegt, trifft die tägliche Staatsweisheit, die sich heute in den Rednertribünen des Deutschen Reiches wie der Einzelstaaten breit macht, mitten ins Herz. Schallendes Hohngelächter und laute Rufe der Enttäuschung wechseln in der stumm bewegten Zuschauermasse miteinander ab. Und als Weibel mit einem Appell zu unermesslichem, unerhittlichem Kampfe gegen den Staat der Knechtschaft und der Erniedrigung schloß — da ging es wie ein Aufschrei der Zustimmung und des Ge-lübdis durch die Masse. Dann aber erschollen laut und lauter die Rufe: Auf nach der Schweiz!

Im Nu war zum Aufbruch geklärt. Nicht im „geschlossenen Zuge“ — das hatte die Polizei verboten, und man wollte nicht riskieren, daß etwa der Ausritt aus dem geliebten Vaterlande abgesperrt werde — sondern in „loosen Gruppen“. Daß diese unterwegs sich wiederum zu einem imposanten Zuge massierten, lag in der Natur der Sache. Und so ging es 10 Minuten durch eine lange Straße; bis eine große Tafel auf einem Hause das Ende der bewachten Reichsherrschaft anzeigte: zwei Schritte weiter, das Haus gehörte bereits dem Schweizer Dorfe Kreuzlingen. Niemand, der das homerische Gelächter gehört hat, das an dieser Stelle sich nun erhob und sich immer wieder erneuerte, bis der letzte Teilnehmer des Zuges die Grenze passiert hatte, wird jemals diesen seltsamen Ausbruch der Volkseele vergessen. Man hätte nassachen mögen, daß

die Ueber der Verbote — mögen sie in Berlin oder in Karlsruhe sitzen — dieses befehlte Sachen hätten hvern können. Es wäre ihnen nicht sehr heiter zumute geworden. . . . Auf einer großen Wiese wurde dann die Versammlung fort-gesetzt. Als Rednertribüne diente die Freitreppe eines Hauses, die die Freundlichkeit des Besitzers — keines Sozialdemokraten! — zur Verfügung gestellt hatte. Bündende Neben Grotz und Adler gaben dem internationalen Feste einen harmonischen Abschluß.

Soziales und Parteileben

Ein Arztstreik ist in Forst (Ostpr.) bei der Dis-triktkasse der Tuchmacher und Wallergesellen ausgebrochen. Ein Mitglied der Kasse hatte gegen einen Kassenarzt Beschwerde erhoben, die vom Vorstand und von der Generalversammlung für begründet erachtet wurde. Der Vertrag mit dem betreffenden Arzte wurde deshalb aufgelöst. Man erklärte sich aber die übrigen Ärzte mit ihrem gemäßigten Kollegen solidarisch und legten ihre Ämter nieder, bezu-weilerten sich, für die Kasse tätig zu sein. Sie fordern zugleich eine andere Regelung der Honorarzählung und eine Erhöhung des Honorars auf 3 Mk. pro Jahr und Mitgliedschaft. Die Generalversammlung der Kasse verhielt sich ablehnend. Sie will den Kampf mit der Arztorganisation aufnehmen. Der Konflikt hätte sich, wie unser Forster Parteiblatt meint, sehr wohl vermeiden lassen, wenn in der Verwaltung der Tuchmacher- und Wallerkasse nicht ein so rüchziger Geist herrschte. War es doch diese Kasse, die sich am meisten gegen eine Verschmelzung der Forster Krankenkassen sträubte und die sich bis heute noch nicht einmal der Zentralkommission der hiesigen Krankenkassen angeschlossen hat. Die in der Zentralkommission vereinigten Krankenkassen haben mit den Ärzten glückliche, den Frieden garantierende Verträge abgeschlossen. Wir sind geneigt, anzunehmen, daß die Ärzte ihre Forderungen entsprechend ermäßigt hätten, wenn ihnen die Tuchmacher- und Wallerkasse etwas Entgegenkommen gezeigt hätte. Für die Unterlassungsstände der Kassenverwaltung müssen nun die kranken Mitglieder büßen, denn die Ärzte haben, wie verlautet, kategorisch erklärt, daß sie bei den Mitgliedern der genannten Kasse auch keine Privatpraxis mehr ausüben wollen — ein Vorgesch, das schärfste Verurteilung verdient.

In Sachen sind auf verschiedenen Bahnhöfen die Eisenbahner wegen ihrer außerberuflichen Tätigkeit für den Eisenbahnverband gemahregelt worden. So wird in Deutschland das Koalitionsrecht geacht!

Zum Arbeitersekretär in Leipzig wurde anstelle des Genossen Dunter, der nach Dresden geht, Gerolf Re-daktor Lüttich gewählt.

Unternehmerterrorismus. Infolge von Meinungs-verschiedenheiten zwischen Arbeitern und Unternehmern der Fabriken in Wertheim ist ein erster Streik ausgebrochen. Die Fabrikanten kündigten die Schließung von 43 Betrieben an. Von dieser Maßnahme werden mehrere tausend Arbeiter betroffen.

Zur Nachahmung empfohlen. Die Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt a. M. hat als erste der deutschen Städte die Einführung der völligen Sonntagruhe im Handelsgewerbe beschlossen.

Arbeiteraussperrung in Frankreich. Aus Saint-Etienne wird gemeldet: Infolge des Ausstandes der Arbeiter in einer Fabrik haben sich alle Arbeitgeber vereinigt, und die Werkstätten geschlossen. 1500 Arbeiter ftern. Der Präsekt konnte die Arbeitgeber nicht zur Wieder-eröffnung der Arbeitsstätten bewegen.

Der feste internationale Textilarbeiter-Kongress fand vom 26. Juni bis 1. Juli in Mailand statt. Anwesend waren dabei 86 Delegierte aus 8 Ländern, die über 360 000 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen ver-traten. Die einzelnen Länder hatten entsandt: England 40

Um den Porbeer der Wissenschaft.

Roman von Friedrich Thieme.

19. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„D, Reinhart, das ist entsetzlich,“ rief sie aufgeregt. „Weldes mir so teure Wesen — du, der höchste Schatz und Preis meines Herzens, den ich mich gewöhnt, als den Träger meines zukünftigen Glück, den Hort meines Lebens zu betrachten — Vopold, mein Bruder, den ich von Kindheit auf mit unsagbarer Liebe umfachte! Kann ich ihm eine so schürliche Handlungsmasse zutrauen? Und doch weiß ich auch, daß du mich nicht betrügst. Dein Auge ist rein wie der wolkenlose Himmel — auch an deiner rollen Zu-rechnungsfähigkeit vermag ich nicht zu zweifeln. Du sprichst ja so klar, so edel zu mir — o, Reinhart, was soll ein armes Mädchen in solcher Lage tun?“

„In der Tat, ein fürchterliches Dilemma,“ betonte Dr. Hohl mit lebhaftem Ernst. „Für dich und mich! Was soll ich tun, liebe Wera? Mein Recht behaupten, heißt einen Skandal herbeiführen, dessen Folgen, wie er auch ausgehen möge, nicht abzusehen sind! Einer von uns Weibern, dein Bruder oder ich, ist verloren, denn die Niederlage in diesem Streit zieht zugleich die wissenschaftliche und gesell-schaftliche Achtung und Hohnherzung nach sich! Und doch, soll ich preisgeben, worauf ich ein heiliges Recht besitze? Wofür ich mein Leben, all' meine Kräfte einsetze? Was rätst du mir, mein Lieb? Soll ich darauf verzichten, den falschen Vorbeer von Vopolds Stirn zu reifen, mich mit dem unter-gordneten Ruhm des zweiten Alters zu begnügen und in deiner Liebe für die schmerzliche Enttäuschung Ersatz suchen? Ich habe lange über alles nachgedacht. Wera — sprich zu mir, wie dein Herz es dir einigt! Um beinewilligen könnte ich alles tun, sogar die größte heroische Enttassung des Lebens üben! Keine andere Macht als diejenige der Liebe wäre im Stande, mir dieses Zugeständnis abzurufen! Be-

denke, daß nur dieser eine Weg unser Glück zu begründen vermag! Wähle ich den Kampf, streite ich für mein Recht, so droht das Unheil in jedem Falle, auch dem des Sieges! Entweder man glaubt mir nicht und schmähst und spottet mich aus dem Bekämpfungskreis meiner Wissenschaft heraus in Brachtung und Einsamkeit, oder ich erobere meinen Preis zurück und verliere dein Herz — denn wie könnte die zärtliche Schwester je das Weib des Mannes werden, der ihren Bruder ewiger Schmach überantwortete?“

Wera richtete sich auf und legte sanft ihre Hand auf seine auf dem Tisch vor ihr ruhende Rechte.

„Mein Herz verleiht dir nicht,“ sprach sie leise, aber bestimmt, „meine Hand aber könntest du nie gewinnen. Wäre ich bereit, deine Gattin, so stände ich dir näher als den Weintagen, jetzt aber bin ich noch Tochter und Schwester und die Ehre meiner Familie ist auch die meine.“

„Wera!“ Eine heftige Wälzung des Blutes nach dem Herzen presste den teuren Namen gleich einem Angstruf aus seinem Munde. Doch er bezwang sich sogleich.

„Du hast recht, Wera, es kann nicht anders sein. Ich weiß, daß deine Liebe echt und treu ist, ich vertraue dir so fest, wie du mir vertraust!“

„Du darfst es!“ „Und weil es so ist, darfst du so zu mir sprechen. Ver-sehe ich dich also recht: du forderst von mir die Schöpfung der Ehre deines Bruders, gleichviel, wie sich unser eigenes Schicksal dadurch entscheidet?“

„Nein, Reinhart“, erwiderte sie edel. „Es wäre er-bärmlich von mir, so zu handeln, und ich würde es nicht, auch wenn unsere Verbindung dadurch über alle Zweifel ge-sichert erschiene.“

„So soll ich vorgehen, kämpfen, handeln?“ „Du mußt es, Reinhart, wenn du dich in deinem Rechte fühlst. Jedes Recht bedingt eine Pflicht! Du hast die Pflicht gegen dich selbst und die deinigen, nicht nur

dein eigenes, auch ihr Geschick hängt an deinem E. folgen. Wenn du schon bereit wärest, deine eigenen Ansprüche aufzu-geben, wer gibt dir aber die Berechtigung, die ihrigen zu opfern? Ich selbst kann und darf dich von nichts ent-binden, was du der Ehre, der Wahrheit und deiner Familie schuldig bist, das wäre verwerfen, denn meine Augen bringen nicht auf den Grund! Soll ich dir mehr glauben als ihm, ihm mehr als dir? Ich liebe euch beide, und die Pflicht wollen, daß einer von euch betrogen werde — warum sollte mein Bruder denn unrechtmäßig büßen, was einem anderen gelbt? Sollte er seine Ehre soweit vergessen haben, so mag er auch die Folgen davon tragen — was nützt mir der falsche Schein eines Ruhmes, dessen ganze Erbärmlichkeit ich durchschaue? Ist er wirklich schuldig, soll er, der Betrüger, sich in den Strahlen des Feuers wärmen, das du, der Betrogene, entzündet hast? Oder umgekehrt?

Wie egoistisch und schlecht wäre ich, wollte ich demjenigen von euch alle Ehren des Verdienstes gönner, der sie nicht verdient? Um die Ehre meiner Familie zu bewahren, soll ich dich anfehen, diejenige deiner Familie preisgeben? Nein, Reinhart, Wahrheit und Gerechtigkeit auch im Jenseits der Wissenschaft! Auch so bliebe stets ein Zweifel an der Ehrlichkeit der Tat meines Bruders übrig, weil du ihn doch schon einmal beschuldigt hast — es ist heilige Pflicht, das Dunkel zu lichten. Denke, wir erwählten die Resignation, du schwiegst, ich würde die deine — mit welchem Bewußt-sein würden wir leben? Wähst du, du oder ich würden je wahrhaft glücklich sein können? Der Schatten jener Unter-laffung würde auf jeden unserer Tage fallen, und die Sonne des Glücks ihn kaum je zu durchdringen vermögen — selbst ich würde mit der Zeit als dein Weib einen Entschluß schwer empfinden, den ich jetzt egoistisch zu gunsten meiner gegen-wärtigen Familie von dir forderte! Weiß ich denn nicht auch, wie ganz anders ein Mann solche Dinge empfindet und beurteilt? Der Verlust deines Rechtes ist die Ver-sicherung deines Lebens — nein, Reinhart, du mußt kämpfen

